

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Versteht die Politik nur *Bahnhof*, wenn es um Bildung geht?

Protestplakat am Turm des Stuttgarter Hauptbahnhofs

Foto: Minberg

4 Seiten Hochschule aktuell

Inhaltsverzeichnis

Rücktritt: LEB-Vorsitzende geben Ämter ab	3	Kindergarten: Mehr als eine Bastelstube.	18
Bildungspolitik: Harald Martenstein zur Strukturdebatte .	5	Berufsschule: Erfolge sind möglich	19
Kommentar: Bildungspolitik hinterlässt viele Fragen	7	Leserbrief: Spitzenplatz durch Qualitätsoffensive?	20
Gymnasium: Ein „Salem-Jahr“ für alle	8	Neue Studie: Millionenausgaben für die Nachhilfe	21
Neue Werbekampagne: Selbstgerechte Bestnote	9	VBE-Kritik: Kinder aus schwachen Familien benachteiligt. .	21
Freie Schulen: Protestaktion in Stuttgart	10	Diagnostik: KMK-Projekt soll Lehrer stärken	22
Bildungsoffensive geht an Privatschulen vorbei	11	Hochschule aktuell	
Lehrerbildung: Anforderungen aus Sicht des LEB	11	Neue Serie: Studenten berichten über ihren Alltag	24
Unterricht: Neue Methode misst Lernfortschritte	12	MINT-Berufe: Neue Datenbank schafft Überblick.	25
Familienpolitik: Warum Frankreich wächst	15	Studienabbruch: Studie zeigt Ursachen auf.	26
Grundschulempfehlung: Weg mit der Verbindlichkeit	17	Studienabschluss: Bachelor kommt gut an	27



Christiane Staab,
Vorsitzende des Landeselternbeirats

Das letzte (Gruß-)Wort

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Heft verabschiede ich mich von Ihnen als 1. Vorsitzende des Landeselternbeirats. Warum und weshalb können sie auf Seite 3 in Ruhe nachlesen.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihr Engagement, Ihre Unterstützung, Ihre positive und negative Kritik, die mich und den ganzen Landeselternbeirat immer bewegt hat, noch besser zu werden. Frau Wiegert und ich hoffen, dass wir mit unserer sehr offenen Aufarbeitung der letzten 5 Jahre all denjenigen, die uns nachfolgen, vielleicht das eine oder andere belastende Erlebnis ersparen können.

Wir wünschen Ihnen und uns, dass diejenigen, für die der Landeselternbeirat, aber auch Sie als Elternbeiratsvorsitzende ehrenamtlich arbeiten, diese Arbeit endlich anerkennen und die vielbeschworene Erziehungspartnerschaft auch an allen Stellen ernst nehmen.

Wir Elternvertreter arbeiten alle, ohne dass dies in irgendeiner Weise finanziell entschädigt wird. Was wir uns als Honorar erhoffen, das ist eine kindgerechte Schule für alle Kinder in Ba-

den-Württemberg. Dieser Lohn ist uns verwehrt worden. Ich wünsche mir, dass vielleicht einer von Ihnen diesen Lohn erhält, im Sinne unserer Kinder und Kindeskinde.

Ich wünsche Ihnen allen für Ihre Arbeit die nötige Kraft, das innere Feuer, das uns täglich antreibt, und vor allem Gottes Segen.

Herzlichst

Ihre

Christiane Staab

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Alexanderstraße 81, 70182 Stuttgart, Vorsitzende: Christiane Staab – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Margeritenweg 2, 72250 Freudenstadt, E-Mail: sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

Raus aus dem Hamsterrad!

Christiane Staab und Sylvia Wiegert geben den Vorsitz des Landeselternbeirats ab

Am Mittwoch, 20.01.2009 erklärten die Vorsitzende des LEB Baden-Württemberg Christiane Staab sowie die 1. Stellvertretende Vorsitzende Sylvia Wiegert gegenüber ihrem Gremium und dem Kultusministerium, dass sie ihre Vorstandsämter im März zur Verfügung stellen werden. Hier die persönliche Erklärung für den Rücktritt:

Auslöser für unseren Rücktritt sind unter anderem die Äußerungen des Finanzministers über den aus seiner Sicht sehr guten Zustand der Bildung und die Möglichkeit, im Bereich Schule zu Gunsten anderer Bereiche einzusparen. Die Grundschularithmetik von Herrn Stächele, 96.000 Lehrer bei ca. 1,4 Millionen Schülern bedeute eine Lehrerversorgung von 1 Lehrkraft auf rund 16 Schüler und das sei doch ausreichend, löste Entsetzen bei uns und dem gesamten Landeselternbeirat aus. Von einer Regierung ist zu erwarten, dass sie feststellt, wieso es in der Praxis eben ganz anders aussieht und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die schlechte Unterrichtssituation zu verbessern.

Schule und Bildung als Steinbruch

Die Realitätsferne von Teilen der Landesregierung und der CDU-Spitze ist erschreckend. Die Haltung, Schule und Bildung als Steinbruch zu betrachten, der nach Gusto geplündert werden kann, wird uns im globalen Kampf um die besten geistigen Ressourcen weiter zurückwerfen. Gerade wenn wir immer weniger Kinder haben, müssen alle Kräfte in diesem Land besonders darauf achten, dass jedes dieser Kinder bestmöglich gefördert und unterstützt wird. Wir haben mittlerweile das Gefühl, dass man in unserer Gesellschaft froh über jedes nicht geborene Kind ist, da hinter jedem Kind offenbar nur noch die Kosten gesehen werden.

Der Begriff „Kinderland“ erscheint immer mehr als Bezeichnung für eine Gesellschaft, in der es nicht mehr um die Förderung des Kindeswohls geht, sondern nur noch um ein Etikett. Aber schon George Orwell hat uns in seinem Buch „1984“ gelehrt, dass in der Politik die Bezeichnung einer Sache oft im genauen Gegensatz zu ihrem Inhalt steht. Dieser Zynismus gipfelt in der Tatsache, dass wir dem Land Sachsen eine marode Landesbank abkaufen und nicht einmal 15 Cent am Tag für ein Äpfelchen für jedes Grundschulkind im Rahmen des EU-Schulobstprogramms zur Verfügung stellen.

Wille zur Veränderung fehlt

Seit Jahren unterbreitet der Landeselternbeirat dem Kultusministerium Vorschläge zur Verbesserung der Bildungssituation der Kinder in Baden-Württemberg. Wir haben zunehmend den Eindruck, dass der Landeselternbeirat nur noch der Form halber angehört wird, aber keinerlei Wert mehr auf die inhaltliche Arbeit gelegt wird. Nur so ist es zu erklären, dass unsere Stellungnahmen zu sämtlichen schulischen Themen der letzten Jahre des Öfteren im Landtag zitiert werden, aber immer von der Opposition.

Der politische Wille, endlich systematisch den Bildungsbereich zu evaluieren, alle Maßnahmen der vergangenen Jahre auf den Prüfstand zu stellen, und zwar nicht nur durch Lehrer, sondern besonders durch externe Fachleute, und die dringend notwendigen Änderungen vorzunehmen, ist offensichtlich nicht vorhanden. Man beschränkt sich darauf, durch immer neue und vor allem kostenneutrale Maßnahmen die Situation vermeintlich zu verbessern oder – wie der Finanzminister – sich die Zahlen schönzurechnen.



Christiane Staab



Sylvia Wiegert

Querdenker unerwünscht

In Wirklichkeit wird es jedoch immer schlimmer. Immer mehr Kinder leiden unter psychosomatischen Störungen oder sind überfordert, immer mehr Kinder haben später kaum eine Chance in der Arbeitswelt, die Zahl der Mobbingfälle und Gewalttaten steigt und ein immer größerer Teil unserer Kinder kapituliert und greift zum Alkohol oder verschanzt sich hinter Computerspielen. Wahrheiten, die Eltern beklagen und Politiker anscheinend nicht einmal sehen wollen.

Wir haben in 5 Jahren Arbeit an der Spitze des Landeselternbeirats oft gerade bei den „Querdenkern“, die jedes System braucht, den Geist der Angst, der Repression und des Unterdrückens neuer Ideen und Ansätze erlebt. Dass es „Maulkörbe“ außerhalb der Hundewelt gibt, haben wir erstmals in der Zeit unserer Befassung mit dem Thema Schule erlebt. Statt den kritischen Geist zu fördern und das Löcken wider den Stachel zu gestatten, was ja das Ziel unserer elterlichen Erziehung ist, darf man, wenn es um Schule geht, nur angepasst sein, den Mund halten und am besten jede Form von Kritik unterlassen. Von der Amtsspitze offenbar gelitten gilt dieser Grundsatz durch sämtliche Stufen der Hierarchie bis hin zum Grundschüler.

Probleme vorhergesagt

Wir haben viele tolle Ideen von vielen tollen Lehrern kennen lernen dürfen. Oftmals von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Was dann wiederum gestattet wird, funktioniert oft in der Praxis nicht, wegen fehlender verbindlicher Umsetzungsvorgaben und Fortbildungen oder schlichtweg wegen der fehlenden Ressourcen. Wer prüft denn, ob und wie die zahlreichen Verordnungen und Verwaltungsvorschriften umgesetzt werden und ob sie mit den in der Praxis vorhandenen Mitteln überhaupt umgesetzt werden können? Entsprechend handelt die Praxis und macht oft, was sie will. Wir fühlen uns als einsamer Rufer in der Wüste, wenn wir im Vorfeld auf Probleme wie nicht geklärte Finanzierung, fehlendes Fortbildungskonzept, fehlendes oder falsches Personal hingewiesen haben, um dann im Nachhinein festzustellen, dass wir auf der ganzen Linie recht hatten. In allen Stellungnahmen der letzten Jahre kann man nachlesen, welche Probleme vorhergesagt wurden, die dann in der Regel auch eintraten. Da wir immer auch Lösungen mit anbieten, hätte man einfach

nur unsere Stellungnahmen lesen und beherzigen müssen, um viele Nachteile für unsere Kinder und oft auch für Lehrer frühzeitig zu vermeiden.

Jahrelang hat der LEB unter unserer Führung vergeblich versucht, im Dialog mit den Verantwortlichen auf die Missstände hinzuweisen, und zahlreiche Verbesserungsvorschläge unterbreitet. Jetzt müssen wir in der Presse lesen, dass aus Sicht der CDU-Spitze alles prima ist und dass es sich lediglich um Kommunikationsprobleme mit der Elternschaft handelt, wenn Eltern und Kinder dies nicht so wahrnehmen. Solche Äußerungen deprimieren und drängen die Frage auf, wozu haben wir eigentlich all die Jahre ehrenamtlich gearbeitet? Oft kamen wir uns vor wie der Hamster im Laufrad, der nie wirklich weiter kommt, auch wenn das Rad sich immer schneller dreht.

Die Einsicht fehlt

Wir wissen, wie sehr das dialogische Arbeiten und die Gesprächskultur des Landeselternbeirats unter unserer Führung von allen unseren Partnern geschätzt wurde und wird. Offenbar haben dies die politisch Verantwortlichen nie erkannt, denn dieser Weg der „Fingerspitzen-Diplomatie“ hat bei ihnen in keiner Weise gefruchtet. Auch die vielen Gleichgesinnten in Kirchen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften etc., die wir im Laufe der Jahre gefunden und kennen gelernt haben, vermochten nicht, die Einsicht zur Schaffung eines Bildungs- und Schulwesens zu wecken, welches das Wohl und den Erfolg des Kindes in den Mittelpunkt stellt. Für uns ist dies nirgendwo so deutlich geworden wie im Französischstreit an der Rheinschiene, bei dem hunderte von verzweifelten Eltern, Schülern und Lehrern insgesamt 15.000 Euro spendeten, um die Grundrechte ihrer Kinder letztlich durch einen Gerichtsbeschluss vor der Landesregierung zu schützen. Die Grundschüler müssen immer noch unter dieser Willkür und der fehlenden Einsichtigkeit der politisch Verantwortlichen, Fehler zu korrigieren, leiden.

Die Arbeitsbelastung an der Spitze des Landeselternbeirats ist immens hoch, weil das Gremium sich sehr intensiv mit dem Thema Bildung beschäftigt und sich darüber mit zahlreichen Eltern, Lehrern, Verbänden und Institutionen austauscht, um kompetent auf alle aktuellen Problemstellungen eingehen zu können. Im Schnitt fallen pro Woche 20–30 Stunden Arbeit an, die wir gerne bereit sind zu leisten, wenn dies auch fruchtet. In der Folge zählen wir jedoch exemplarisch einige Punkte auf, die die Fruchtlosigkeit des Unterfangens zeigen:

1 Die verbindliche Grundschulempfehlung

Sie wird ohne einen einzigen Beleg für ihren Sinn als Faustpfand der Grundschulen gegenüber den Eltern aufrecht erhalten. Die Grundschüler und ihre Eltern sind auf Gedeih und Verderb einer Willkür ausgesetzt, die sich auf die Benotung von 2 Fächern im ersten Halbjahr der 4. Klasse beschränkt. Verbunden mit dem Verbot, die Grundschule frei wählen zu können, ist dies ein Instrument, anhand dessen deutlich wird, wie das „System Schule“ in einer demokratischen Gesellschaft mit dem Bild des selbstbestimmten Menschen und seiner Eigenverantwortlichkeit umgeht. Auf dem Papier steht Erziehungspartnerschaft, in der Realität erklärt man die Eltern für unfähig, die Interessen ihrer Kinder zu schützen und zu wahren.

2 Achtjähriges Gymnasium

Das G8 wurde nun seitens des Finanzministers als das enttarnt, was der Landeselternbeirat lange befürchtet hatte: ein Mittel, um die teuren Gymnasiallehrer zu sparen. Begabte Kinder schaffen es, keine Frage. Bis zum Abitur bröckeln unablässig alle anderen „Überambitionierten“ auf die Realschulen ab. Begabte „Langsamler“ und Normalbegabte gehen gleich auf die „billigere“ Realschule und dann auf das berufliche Gymnasium (G9), das aus allen Nähten platzt. Oder die Eltern bezahlen Nachhilfeinstitute, die das Kind im G8 auffangen und das unterrichten, was durch die Verkürzung dem Kind in der Schule nicht vermittelt werden konnte. Bislang gab es weder eine Fortbildungsoffensive im Umgang mit G8 und dem Bildungsplan noch eine Untersuchung darüber, ob und wie das G8 überhaupt funktionieren kann. Die Klassen sind ungefähr doppelt so groß wie vom Finanzminister mit 16 Schülern pro Lehrkraft berechnet.

3 Kooperation

Die Kooperation Kindergarten–Grundschule wurde in einer Verwaltungsvorschrift festgeschrieben, aber wie bei vielen anderen Festschreibungen hat sich bis heute niemand die Mühe gemacht, zu untersuchen, ob die eine Stunde pro Woche, die hierfür zur Verfügung gestellt wird (aber nicht zweckgebunden!), auch für die Kooperation verwendet wird und ob sie ausreicht. Unbestritten ist die dringende Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule, für die sehr gute Handreichungen erarbeitet wurden. Aber auch hier besteht offenbar keinerlei Interesse zu überprüfen, ob und wie dies in der Realität auch klappt.

4 Das Berufseinstiegsjahr

Das Berufseinstiegsjahr (BEJ) wurde als Weiterqualifizierung für schwache Hauptschulabsolventen (alle mit Abschluss) eingeführt. Praktiker sprechen mittlerweile von einem Horrortrip. In den Klassen findet sich eine Kumulation von Schülern mit multiplen Problemstellungen im sozialen, persönlichen und kognitiven Bereich. Auch hier wird nicht nachgefragt, ob und wie sich die Einführung bewährt hat.

5 Die Vergleichsarbeiten

Sie wurden gegen den Willen des Landeselternbeirats mit Benotung eingeführt. Die Benotung wurde mittlerweile abgeschafft. Bis heute werden die Vergleichsarbeiten aber nicht als Diagnoseinstrument zur Lernstandserhebung mit anschließendem Förderplan eingesetzt, sondern sie werden geschrieben und verschwinden irgendwo. Auch als Evaluationsinstrument für den Unterricht könnten sie bei zentraler Auswertung und einer Rückmeldung an den Lehrer eingesetzt werden. Dies hatte der Landeselternbeirat immer wieder vergeblich gefordert.

6 Die „neue“ Werkrealschule

Die Einführung der „neuen“ Werkrealschule ist letztlich der Gipfel einer Politik, die sich darauf beschränkt, irgendetwas einzuführen in der Hoffnung, dass sich dann die Probleme von selbst lösen. Die zahlreichen Bedenken im Vorfeld werden in den Wind geschlagen und – wie fast immer – wird das Erwachen wohl heftig werden. Weder die Finanzierung noch die notwendige Ausstattung der Schulen sind geklärt. Wie die Kumulierung von Hauptschülern mit zum Teil multiplen Problemlagen an großen Werkrealschulen bewältigt werden soll, ist ebenfalls ungeklärt. Die Kosten für die notwendigen Schülerverkehre, die durch die Schließung der standortnahen

Hauptschulen entstehen, zahlen die Eltern. Der Trick hierfür bestand darin, die Werkrealschule zur „Wahlschule“ zu erklären. Da die Hauptschule vor Ort als „Pflichtschule“ aber gar nicht mehr alternativ zur Verfügung steht, muss das Kind fahren und die Eltern, da es ja auf eine „Wahlschule“ geht, müssen bezahlen. Wie so oft hat keine oder nur eine unzureichende Fortbildung der Lehrer stattgefunden. Das Schlimmste: Bis heute gibt es keinen Bildungsplan, der aufzeigt, wie die Werkrealschule ab September arbeiten wird. Wie die dringend notwendige Förderung der schwachen Hauptschüler (siehe BEJ) aussieht, bleibt ebenfalls ungeklärt.

7 Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit ist bis heute eines der großen Themen, an denen deutlich wird, wie wenig der Bildungs- und Erziehungsauftrag seitens der Landesregierung geschätzt wird. Das Postulat der Landesverfassung, dass Schule Kinder bilden und erziehen muss, ist eindeutig, das der Lehrer auch. Allein die Landesregierung weigert sich, die Realität und den gesetzlichen Auftrag anzuerkennen, und verschiebt unter der Bezeichnung „Jugendsozialarbeit“ die Schulsozialarbeit in den Bereich der kommunalen Jugendhilfe. Dass Unterricht und Schule an vielen Orten nur halbwegs rund laufen, weil sie von Schulsozialarbeitern mitgetragen werden, wird geflissentlich übersehen. Dabei geht es bei der Schulsozialarbeit eben nicht um die Erfüllung einer Aufgabe im Sinne der Jugendhilfe (Kindwohlgefährdung), sondern um den sozialen Frieden und das Lernklima an der Schule.

8 Evaluation

Evaluation an Schulen ist wie in allen Lebensbereichen elementar für die Sicherstellung der Qualität und deren Weiterentwicklung. Das beste und einfachste Mittel zur Erhebung, Prüfung und Verbesserung sämtlicher schulischer Angelegenheiten sind schulinterne Schüler-, Eltern- und Lehrerfragebogen. Hiermit könnten alle Betroffenen zu Unterricht, Klassenklima, Schule und anderem befragt werden. Wie eine Schule überhaupt ohne eine solche Rückmeldekultur arbeiten kann, ist schleierhaft. Auch die Fremdevaluation macht keinen Sinn, wenn man nicht bereit ist, sich auf den Prüfstand stellen zu lassen. Sicher, das könnte manchmal auch unangenehm werden, wenn es um Unterrichtsqualität und Personen geht. Daher wird lieber geprüft, ob das Mensaeessen schmeckt oder die Farbe der Klassenzimmer in Ordnung ist. Und so werden auch weiterhin viele Lehrer nicht wissen, wie viele Schüler ihrer Klasse Nachhilfeunterricht benötigen!

Acht Punkte, die hier stellvertretend für viele weitere stehen und zeigen, dass man sich in der Bildungspolitik anscheinend auch mit viel Arbeit, Sachverstand und Herzblut totlaufen kann. Deshalb ziehen wir die Konsequenzen und legen unser Vorstandsamt nieder: Raus aus dem Hamsterrad!

Christiane Staab und Sylvia Wiegert

Experimente am lebenden Objekt

Harald Martenstein über Bildungsdebatten und lebenslängliche Frührentner

Die Theoretiker der Erziehung sind unsere letzten Ideologen. Jetzt wird die Hauptschule abgeschafft oder zur Werkrealschule gemacht, aber die Hauptschüler kann man nicht abschaffen, sie bleiben. Sie haben nichts zu verlieren und nichts zu gewinnen.

Wer über Bildung redet, redet immer auch über sich selbst. Wir alle waren auf der Schule. Meine Eltern haben mich auf ein Gymnasium geschickt, sie hatten beide kein Abitur. In der Klasse waren wir zwei, drei Kinder, die nicht von Ärzten, Professoren, Pfarrern oder Apothekern abstammten (oder von Journalisten), wir erkannten einander sofort.

Natürlich gab es eine soziale Selektion. Sie bestand aber nicht darin, dass dieses Gymnasium keine Arbeiterkinder aufgenommen hätte. Sie bestand darin, dass wenige Arbeitereltern es wagten, dort anzuklopfen. Für die Professoren war es selbstverständlich. Von den, glaube ich, 26 Schülern der fünften Klasse haben, glaube ich, 18 am Ende das Abitur gemacht. Wir Underdogs waren alle dabei, unter den Professorenkindern waren Verluste zu beklagen.



Harald Martenstein

Abstammung. Aber es fordert auch Leistung. Jeder soll eine Chance auf Bildung bekommen, sage ich heute, aber er muss sie auch nutzen. Eine Abiturientenquote von 60 Prozent eines Jahrgangs, die durch Absenkung des Niveaus erreicht wird, ist in Wirklichkeit nur ein fauler Trick, eine Manipulation der Statistik, davon hat weder der Arbeitsmarkt noch der Abiturient etwas.

In der fünften Klasse kam unser Sohn auf ein staatliches Gymnasium. Heute würde ich ihn vielleicht sogar auf eine Privatschule schicken, wie inzwischen fast zehn Prozent aller deutschen Eltern. Er soll die bestmögliche Bildung bekommen. Damit tue ich wohl das, was ein Vater oder eine Mutter tun sollte – ich versuche, ihm den Weg in ein erfülltes Leben zu öffnen. Ganz bestimmt würde ich ihn, wenn er heute nach der Grundschule vor der Entscheidung stünde, nicht auf eine der neuen Sekundarschulen gehen lassen, die es ab dem kommenden Schuljahr in Berlin geben wird. Mein Sohn wäre mir zu kostbar für Experimente. Sein Wohl wäre mir wichtiger als das Wohl anderer Kinder.

Menschen sind eben so. Das hat nichts mit Herzlosigkeit oder fehlendem sozialen Gewissen zu tun. Ganz im Gegenteil. Der Tod eines nahen Verwandten schmerzt uns mehr als der Tod eines entfernten Bekannten, weil wir soziale Wesen sind. Wenn unsere Kinder uns egal sind, dann ist uns die Gesellschaft wahrscheinlich erst recht egal.

Zu kostbar für Experimente

Das Gymnasium, das ich mir als Ideal vorstelle, ist offen für alle Begabten, es schaut auf die Intelligenz und nicht auf die